



Politik + Gesellschaft / Deutschland

Home | Latest News Edition | Fonds-Tools | Aktien-Tools
 Politik + Gesellschaft | Unternehmen + Branchen | Technik + Medien | Börsen + Märkte

Stichwortsuche

[Mehr Optionen](#)

Kurssuche

[Mehr Optionen](#)

Trader-Box

Das Kapital

Ist die Risikoprämie bei Bayer zu stark gestiegen? [Artikel](#)

Inhaber von Chipaktien tanzen auf dem Hochseil [Artikel](#)

Die Allianz passt in jedes ausgewogene Portefeuille [Artikel](#)

Analystenstimmen

MLP in kurzfristigen Schwierigkeiten [Artikel](#)

Altana auf Erfolgskurs [Artikel](#)

Verschiedene Ansichten zu ABN Amro [Artikel](#)

[Weitere Artikel](#)

Neuemissionen

Banken greifen Init unter die Arme [Artikel](#)

Init: Nachahmer erwünscht [Artikel](#)

Mannheimer sagt Börsengang des Internet-Lebensversicherers Mamax ab [Artikel](#)

[Graumarkt-Kurse](#)

Börsenticker

[Windows Börsenticker abrufen](#)

ftd.de, Do, 21.6.2001, 12:05

Scharping will Radar-Opfer großzügig entschädigen

Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) hat in der Frage der Entschädigungen für Radar-Strahlenopfer in der Bundeswehr "streitfreie und großzügige" Regelungen angekündigt.

Der Bericht einer Untersuchungskommission, der Scharping am Donnerstag in Berlin übergeben wurde, kam zu dem Ergebnis, dass die Bundeswehr Soldaten in den 60er und 70er Jahren krebsauslösender Strahlung ausgesetzt hat.

Der Minister kündigte an, er werde das Gespräch mit den Opfern und ihren Vertretern suchen. Es werde eine Arbeitsgruppe und eine Info-Hotline zu den Radarschäden eingerichtet. Der Leiter der eigens eingesetzten Kommission, der frühere "Zeit"-Herausgeber Theo Sommer, sagte, Grund für die Verstrahlung seien nicht ausreichend abgeschirmte Radargeräte gewesen.

Sammelklage der Betroffenen

Im Juli wollen rund 100 Betroffene oder Hinterbliebene Sammelklage in Washington einreichen. Für jeden Fall werden bis zu zwei Mio. \$ gefordert. Die Radargeräte der Firmen ITT (New York) und Raytheon (Lexington), die die Bundeswehr bis in die siebziger Jahre ausgerüstet hatten, sollen bei Ingenieuren, Technikern und Physikern Krebserkrankungen ausgelöst haben. In den USA geborene Kinder von deutschen Radartechnikern sind mit Missbildungen zur Welt gekommen.

Anfang Februar hatte das Bundesverteidigungsministerium Versäumnisse Mitte der siebziger Jahre beim Umgang mit

Zum Thema

[Schwere Vorwürfe gegen Scharping in Uran-Debatte](#), ftd.de, Do, 18.1.2001, 18:16

Weitere News

Unternehmen + Branchen

IG-Metall-Chef Zwickel im Visier der Staatsanwaltschaft [Artikel](#)

Lipobay und kein Ende [Artikel](#)

Entlassungen bei Accenture [Artikel](#)

Technik + Medien

Computervirus Code Red erneut in den Startlöchern [Artikel](#)

MME rutscht tiefer in die roten Zahlen [Artikel](#)

Neue juristische Niederlage für Microsoft [Artikel](#)

Börsen + Märkte

Keine Eile bei japanischen Aktien [Artikel](#)

Schlechte Stimmung, horrende Verluste [Artikel](#)

Die Geheimtipps von Lehman Brothers [Artikel](#)

Recherche
 Zeitung
 Palm, Handy & Co
 Leserbriefe
 Registrieren
 Stellenmarkt
 Book-Shop
 Kontakt
 Partnersites

...des der überlegen kann beim Umgang mit
 röntgenstrahlenden Radaranlagen zugegeben.
 Damals gab es laut Bundesamt für Strahlenschutz
 aber noch keine Strahlenschutzverordnung. Es
 habe keiner mit einer Gesundheitsgefährdung
 gerechnet.

Kommission beschäftigt sich mit Uran-Munition

Die Untersuchungskommission beschäftigte sich auch mit der umstrittenen Uran-Munition, die unter anderem im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt wurde. "Es bestand keine Gefahr für unsere Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan, und es besteht keine Gefahr", sagte Sommer. Das gelte nach Auffassung der Kommission auch für die Zivilbevölkerung vor Ort.

© dpa

■ Artikel

[Zurück](#)

- [Version zum Drucken](#)
- [Als E-Mail verschicken](#)
- [Leserbrief schreiben](#)

■ Die aktuellen Artikel aus Politik + Gesellschaft / Deutschland

- Lkw-Maut: Handel warnt vor Preiserhöhungen
- Casual Friday: Alles unter Kontrolle
- Schröder lehnt Konjunkturprogramme ab
- Gerhard Schröder: Politik der schlaffen Hand
- CDU verlangt Internet-taugliche Steuerpolitik

© 1999-2001 Financial Times Deutschland

[Home](#) · [Fonds-Tools](#) · [Aktien-Tools](#)

[Politik + Gesellschaft](#) · [Unternehmen + Branchen](#) · [Technik + Medien](#) · [Börsen + Märkte](#)

Recherche: · [Creditreform](#) · [Hoppenstedt](#) · [Munzinger](#) · [7-Tage-Überblick](#) ·

Zeitung: · [Heute in der Zeitung](#) · [Zeitung abonnieren](#) · [Zeitungs-Archiv](#) · [Service für Abonnenten](#) · [Leserbriefe](#)

Registrieren: · [Persönliches Profil erstellen](#) · [Newsletter abonnieren](#) · [PDA einrichten](#) · [SMS einrichten](#) · [WAP einrichten](#) · [eBook einrichten](#) · [Guided Tour](#) · [Logout](#)

Kontakt: · [Impressum](#) · [Mail an FTD](#) · [Media](#) · [Jobs bei der FTD](#) · [Wir über uns](#) · [Hilfe](#) · [Sitemap](#)